

Haushaltsantrag

zum Doppelhaushalt 2026/2027 - Finanzplanung bis 2030

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN CDU
Betreff Deutschlandticket weiterhin attraktiv halten

Antrag

Wir beantragen die im Abschnitt „Finanzielle Auswirkungen“ genannten Finanzmittel bzw. die im Abschnitt „Änderung im Stellenplan“ genannten Stellen für den/die Teilhaushalt/e 100 Haupt- und Personalamt.

Finanzielle Auswirkungen

	EHH	FHH
	- in Tausend Euro -	
Jahr 1	0	0
Jahr 2	0	0
Jahr 3	0	0
Jahr 4	0	0
Jahr 5	0	0
Jahr 6 ff.		0

In Anmeldeliste (Rote Liste) enthalten	Nein
Seite (wenn in Anmeldeliste enthalten)	
THH	100 Haupt- und Personalamt
(Mitteilungs-) Vorlage	
Ranking-Nr. im BHH-Verfahren	
Antrags-Nr. Bezirksbeiratsantrag	

Änderung im Stellenplan

Im Zusammenhang mit diesem Antrag wird die Schaffung / Änderung von KW-Vermerken an folgenden Stellen im Stellenplan der Landeshauptstadt Stuttgart beantragt:

Ifd. Nr.*)	Schaffung (Stellenzahl)	Änderung KW Vermerk (Stellenzahl)	Organisations- einheit bzw. Stellen- nummer	Funktions- bezeichnung / Anlass	Stellenwert (EG oder Bes.-Gr.)	KW- Vermerk bisher	KW- Vermerk neu

*) Ifd. Nr. aus der Schaffungsliste (sofern Bezug auf eine von einem Amt beantragte Stellenschaffungen bzw. Änderung eines KW-Vermerks genommen wird)

Begründung/Erläuterung

Die angespannte Haushaltslage der Stadt führt dazu, dass selbst sicher geglaubte Projekte neu bewertet werden müssen. Das kostenfreie Deutschlandticket ist bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt sehr beliebt und wird stark genutzt. In Diskussionen über mögliche Einsparungen wurde es daher regelmäßig als wichtige Maßnahme der Personalbindung hervorgehoben, die erhalten bleiben sollte.

Vor diesem Hintergrund schmerzt der Vorschlag der Verwaltung, den städtischen Zuschuss auf 25 Euro zu reduzieren. Um den langfristigen Nutzen des Angebots zu sichern, halten wir eine hälftige steuerfreie Finanzierung des Deutschlandtickets für sinnvoller.

Wir beantragen:

1. Das Deutschlandticket wird statt mit einem Zuschuss von 25 Euro zu 50 Prozent finanziert.
2. Zur Finanzierung der Mehrkosten dadurch gegenüber der aktuell im Haushaltsplanentwurf der Verwaltung dafür eingestellten Mittel beantragen wir die Reduzierung der Stuttgart-Zulage um weitere 5 Euro auf dann 70 Euro ab 2026.

Gez.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Björn Peterhoff, Fraktionsvorsitzender
Peta Rühle, Fraktionsvorsitzende

CDU

Alexander Kotz, Fraktionsvorsitzender
Jürgen Sauer